

Die Wahlen: Farce oder Fortschritt?

von Gerhard Will

it dem Staatsstreich im Juli 1997 schien Hun Sen das Ziel erreicht zu haben, für das er seit der Wahlniederlage im Jahre 1993 ebenso beharrlich wie skrupellos gearbeitet hatte: die Ausschaltung aller oppositionellen Kräfte und die Alleinherrschaft der von ihm geführten Kambodschanischen Volkspartei (CPP). Nachdem alle vorangegangenen Schritte Hun Sens bei jenen Staaten, die Kambodschas Haushalt zu 40 Prozent finanzieren. allenfalls kritische Kommentare aber keine Sanktionen ausgelöst hatten, konnte Hun Sen davon ausgehen, daß auch dieser letzte Schritt ohne einschneidende Folgen bleiben würde. In diesem Punkt irrte Hun Sen. Der von ihm verübte Staatsstreich führte nicht nur zu massiven Protesten, sondern auch zur Stornierung

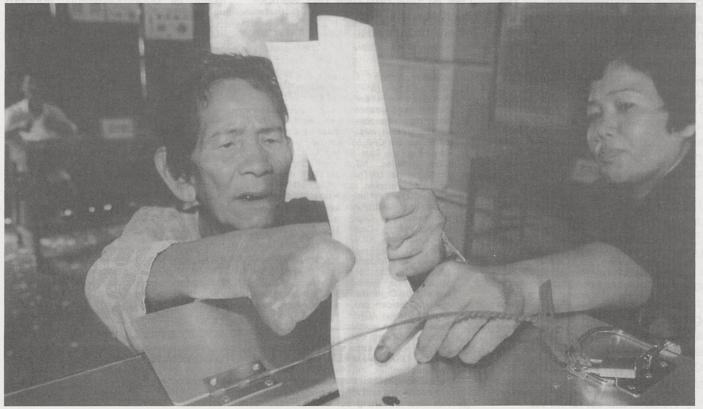
der meisten Hilfsleistungen. Ebenso wurde der Beitritt Kambodschas in die ASEAN ausgesetzt, der für August 1997 vorgesehen war.

Die Wiederaufnahme der zugesagten Hilfsleistungen sowie der ASEAN-Beitritt wurden nunmehr an die Bedingung geknüpft, 1998 in Kambodscha Parlamentswahlen abzuhalten, die den Kriterien »free and fair« zu entsprechen hätten. Aufgrund beharrlichen internationalen Drucks mußte Hun Sen sich schließlich bereit erklären, der Rückkehr des von ihm entmachteten Prinzen Ranariddh zuzustimmen und sowohl dessen Partei, wie die Partei seines langiährigen Gegners Sam Rainsy, wieder zuzulassen. Seit Frühjahr 1998 erhielten diese sowie mehr als dreißig kleinere Oppositionsparteien die Möglichkeit auf Plakaten, in Wahlversammlungen und Zeitungen für ihre Positionen zu werben. Selbst zu den staatlichen Fernsehsendern erhielten sie beschränkten Zugang. Darüber hinaus konnten sich unabhängige Nicht-Regierungsorganisationen etablieren, die es sich zum Ziel ge-

etablieren, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, den korrekten Verlauf der Wahlen zu überwachen. Ihre Arbeit wurde durch mehr als 500 internationale Wahlbeobachter unterstützt.

Trotz dieser Zugeständnisse kann der Wahlkampf nicht als »free and fair« bezeichnet werden. Menschenrechtsbeauftragte der Vereinten

Der Autor ist Mitarbeiter beim Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln mit dem Schwerpunkt Vietnam. Er war als Wahlbeobachter bei den Wahlen im Juli 1998 in Kambodscha.



Diese Wahlhilfe war keine Manipulation.

Nationen berichteten über zahlreiche politisch motivierte Morde, Androhungen von Gewalt und Einschüchterungen durch Vertreter der CPP und des von ihr beherrschten Staatsapparates. Gerade auf dem Lande konnte die Allmacht der Dorfvorsteher, von deren Wohlwollen das Schicksal der einzelnen Dorfbewohner im hohen Maße abhängig ist, nicht wirkungsvoll eingeschränkt werden. Auch wenn der Wahltag selbst und die Stimmenauszählung nach Ansicht der nationalen und internationalen Wahlbeobachter im großen und ganzen korrekt verliefen, so liegt doch der Sitzverteilung ein am Mehrheitswahlrecht orientiertes Berechnungsverfahren zugrunde, welches das Wahlergebnis auf den Kopf stellt. Denn die CPP erhält nach diesem Verfahren 64 Sitze, obgleich sie nur 41 Prozent der Stimmen errang, während die beiden Oppositionsparteien mit einem Stimmanteil von 46 Prozent nur 58 Sitze bekommen. Die Kritik der Opposition an diesem Berechnungsverfahren wurde indes erst nach den Wahlen laut, als sie erkennen mußte, daß dieses Verfahren nicht die erhofften Vorteile gebracht hatte.

Waren daher die Wahlen in Kambodscha letztlich doch nur eine Farce, die einzig dem Ziel diente, der CPP wieder jene Legitimität und internationale Akzeptanz zu verschaffen, die sie nach dem Putsch im vergangenen Jahr verloren hatte? Dieser Vorwurf ist nicht leicht von der Hand zu weisen. Hun Sen hat nach wie vor den gesamten Machtapparat unter seiner Kontrolle und es gibt keinerlei Garantie dafür, daß er nicht erneut diese Macht mißbraucht, um die Opposition einzuschüchtern und schließlich auszuschalten. Die angeblichen Granatenangriffe auf sein Haus und daraufhin von ihm veranlaßten Fahndungen nach Sam Rainsy und anderen führenden Oppositionspolitikern sind offensichtlich nur die ersten Anzeichen umfassender Repressionen gegen die Opposition.«

Es wird daher weiterhin Aufgabe der internationalen Gemeinschaft sein, die Entwicklung in Kambodscha sehr aufmerksam zu verfolgen und notfalls auch entsprechenden Druck auszuüben, um jene politischen Freiräume, die in den Monaten vor den Wahlen erkämpft worden sind, zu vergrößern und abzusichern.

Die Monate vor den Wahlen haben gezeigt, daß ein solches internationales Engagement nicht nur notwendig ist, sondern auch entsprechende Erfolge zeigt. Wird dieses Engagement fortgesetzt, so stellen auch die Wahlen einen wichtigen Meilenstein in der Entwicklung Kambodschas dar, da sie dazu beitragen konnten, politisches Bewußtsein zu mobilisieren und demokratische Entscheidungsmechanismen zu propagieren und umzusetzen. Wird dieses internationale Engagement jedoch aufgegeben, bleiben Verstöße gegen die Verfassung sowie die Anwendung von Terror und Gewalt ungeahndet, so waren die Wahlen tatsächlich nur eine Farce, um undemokratischen Machtverhältnissen eine mehr als zweifelhafte Legitimität zu verleihen. Doch es liegt in der Verantwortung der »Friends of Cambodia« nicht einfach stillschweigend Strukturen hinzunehmen, die langfristig nicht nur die vielbeschworene Stabilität in der Region gefährden, sondern auch der überwiegenden Mehrheit der Kambodschaner die elementarsten Voraussetzungen für eine menschenwürdiges Leben vorenthalten.

»Der Wahltag, eine friedliche Angelegenheit für die Wähler«

Bei dem nachfolgenden Artikel handelt es sich um einen Bericht aus der Phnom Penh Post zu den Geschehnissen am Tag der Wahl.

ine unheimliche Stille beherrschte Phnom Penh am Nachmittag des 26. Juli, dem vielbeachteten Tag, an dem die Bürger ihre Stimme für die Abgeordneten der Nationalversammlung abgaben. Die Straßen waren nahezu ausgestorben, Geschäfte verriegelt und selbst die sonst belebten Märkte menschenleer.

Die meisten Einwohner der Hauptstadt waren schon in den frühen Morgenstunden zu den Wahllokalen geströmt. Sie überwältigten fast die Wahlhelfer in den größeren Büros, die dem Ansturm der ungeduldigen Wähler kaum gewachsen waren. Nach der Stimmabgabe zogen sich die Leute ausnahmslos nach Hause zurück und warteten, ob es eventuell

sofortige Reaktionen auf ihren Enthusiasmus gäbe. Ihr Inneres sagte ihnen, der Wahltag könne ein gefährlicher Tag sein. Würde es Gewalt geben?

Die Antwort war nein. Mit Ausnahme einer isolierten Attacke der Roten Khmer im Norden des Landes herrschte Frieden an diesem Tag.

Am Abend schon kehrte Leben zurück nach Phnom Penh und die Atmosphäre eines gewöhnlichen Sonntagabends ersetzte die Stille — Parks voller Fußballspielender Kinder, am Flußufer spazierende Familien und Straßen überfüllt mit dem gewöhnlichen Verkehrsfluß. Die Leute versammelten sich, um ihre Erfahrungen vom Wahltag auszutauschen.

Der Wahltag in der Hauptstadt wurde — im Gegensatz zu den Auszählungen in den folgenden Tagen — von Wählern, Beobachtern und Politikern aller Richtungen als akzeptabel betrachtet.

Einzelne Berichte von Beobachtern politischer Parteien wiesen allerdings darauf hin, daß die Wahlen in den ländlichen Gebieten nicht ganz problemlos waren. »In Phnom Penh scheint alles in Ordnung zu sein, aber es gibt Berichte von Problemen in einigen Provinzen«, sagte Funcinpec-Kandidat Prak Chantha, bevor er das Wahllokal betrat.

Funcinpec Generalsekretär Tol Lah erklärte, seine Beobachter hätten berichtet, daß 58 Wahlurnen